

Überregionaler Pressespiegel 21.12.2011

Neues Deutschland | 21.12.2011

Was ist »klassische Antifa«?

Ein Gespräch über die Geschichte einer linksradikalen Bewegung, die mehr als nur gegen Faschismus ist Moritz Krawinkel und Jan Schlemmermeyer sind seit Jahren in der antifaschistischen Linken von Frankfurt am Main aktiv und Mitherausgeber von »Antifa. Geschichte und Organisation«. Krawinkel studiert Philosophie und Romanistik und veröffentlichte über den Umgang mit dem spanischen Bürgerkrieg und der Franco-Diktatur. Schlemmermeyer promoviert über die Transformation des Staates und arbeitet im Institut für kategoriale Analyse (Inkatan) mit, das in der Tradition der Kritischen Theorie gesellschaftliche Entwicklungen analysiert. Mit ihnen sprach Ralf Hutter.

nd: Bei »Antifa« denken viele an ein neueres Phänomen. Leser könnten daher ein bisschen überrascht sein, dass Sie in Ihrem Buch sehr weit zurückgehen: bis 1932.

Moritz Krawinkel: Wir wollten etwas Kurzes, Prägnantes haben. »Antifa« trifft das einfach, weil der Kern der Geschichte, die wir erzählen, der revolutionäre, autonome Antifaschismus ist, der heute in der Regel mit »Antifa« abgekürzt wird. Das lässt sich schwierig zurückprojizieren, aber dieser revolutionäre Aspekt des Antifaschismus ist eine Perspektive, die wir versuchen als roten Faden in dem Buch durchzuhalten.

Jan Schlemmermeyer: Diese Traditionslinien werden von den Antifagruppen in der Regel selber aufgemacht. Zum Beispiel durch den historischen Bezug auf das klassische Antifa-Symbol.

Aber ist es richtig, dass der Begriff »die Antifa« eher eine neuere Verwendung ist?

Schlemmermeyer: Das ist richtig. Es ist ein Konzept, das in den 1990er Jahren erstmals explizit formuliert wurde als ein umfassendes politisches Konzept für linke oder linksradikale Arbeit.

Ist die erwähnte Traditionslinie wirklich so präsent bei dieser heutigen Bewegung?

Krawinkel: Eben nicht so sehr. Viele Jugend-Antifas, die heute anfangen, sich mit autonomem Antifaschismus zu beschäftigen, wissen nicht so genau, wo das eigentlich alles herkommt. Diese Lücke versuchen wir, mit dem Buch zu füllen. Wir wollen ein Material an die Hand geben, damit die Leute vielleicht auch Anregungen für die heutige Antifa-Arbeit finden.

Schlemmermeyer: Das ist auch wichtig, weil alle, die im weitesten Sinne Antifa-Arbeit machen, letztlich doch immer bei ähnlichen Problemen rauskommen. Das heißt, es geht nicht nur darum, den Leuten gewissermaßen gemeinschaftskundartig zu sagen, was ihre Geschichte ist, sondern von den heutigen Problemen her zu gucken, wo es schon historische Beispiele dafür gab.

Die da wären?

Schlemmermeyer: Bei der Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden taucht beispielsweise die klassische Frage auf: Was heißt eigentlich linker Antifaschismus vor dem Hintergrund von Bündnisarbeit? Also einer Arbeit, die über das eigene Spektrum hinaus mobilisiert. Wie hält man es mit der eigenen Gesellschaftskritik - und zum Beispiel mit der Kritik an dem revisionistischen Gedenken auch in bürgerlichen Kreisen -, wenn man möglichst viele Bürger für eine Blockade des Nazi-Aufmarsches mobilisieren möchte?

Genau diese Diskussionen hat es schon Ende der 1920er Jahre gegeben.

Sie haben das alte Antifa-Symbol erwähnt, das noch heute verwendet wird. Wo kommt es her?

Krawinkel: Entwickelt wurde es für die historische Antifaschistische Aktion von 1932. Das Logo besteht aus zwei roten Fahnen in einem Kreis, der einen Rettungsring symbolisieren soll. Die Fahnen stehen für SPD und KPD.

Dieses Logo ist dann Ende der 1980er Jahre adaptiert worden. Es ist ein bisschen moderner gestaltet worden. Eine Fahne wurde schwarz, um ein anarchistisches Spektrum zu repräsentieren. Und die Fahnen wehen in dem neuen Logo nach links, und nicht mehr, wie in dem ursprünglichen, nach rechts.

Wofür steht diese Antifaschistische Aktion von 1932? War das ein Bündnis dieser beiden Parteien oder war das auch etwas Besonderes von der Praxis her?

Krawinkel: Im Prinzip ist die historische Antifaschistische Aktion der letzte Versuch, eine Einheitsfront gegen den damals schon sehr weit fortgeschrittenen Nationalsozialismus zu bilden. Er kam aber insofern zu spät, als die Gräben zwischen SPD und KPD damals schon viel zu tief waren.

Schlemermeyer: Sie hat auch relativ wenig Wirkung entfaltet auf der Straße. Da liefen nicht viele große Aktionen.

Sie gehen in Ihrem Buch auf verschiedene andere antifaschistische Aktionen oder Richtungen im Laufe des 20. Jahrhunderts ein. Es scheint aber, dass erst in den 1990ern wieder der Aufbau einer größeren Struktur für diese radikale Bewegung gelang.

Schlemermeyer: Ja, explizit schon, aber die hat eben ihre Vorgeschichte. Die autonome Organisation der Antifa in den 1990ern ist nicht denkbar ohne den Antifaschismus der 1980er, der aus den Autonomen entstanden ist, die sich wiederum auf die Spontis rückbeziehen, die aus der Auseinandersetzung mit »68« kommen.

Sie beschreiben die 90er Jahre als Organisationsphase. Was kam danach?

Schlemermeyer: In den 90er Jahren gab es in der gesamten Linken eine relativ große Perspektivlosigkeit. Hinzu kam die eskalierende Nazigewalt. Das damals entwickelte Konzept »Antifa« kam dann später allerdings ein Stückweit an sein Ende, denn es stellte sich die Frage: Auf wen bezieht man sich eigentlich? Und wie kommt man über eine klassische autonome Kampagnenpolitik hinaus? Zudem veränderten sich die politischen Umstände: Einerseits machte die rot-grüne Bundesregierung Schluss mit dem klassischen CDU-Umgang mit Nazis, der Totschweigen oder Verdrängen bedeutete. SPD und Bündnisgrüne proklamierten dagegen einen expliziten staatlichen Antifaschismus, wodurch klarer wurde: Es ist für die Antifa-Bewegung jetzt notwendig, noch mal eine eigene inhaltliche Bestimmung zu machen. Durch Ereignisse wie den 11. September wurde klar: Die Lage der Welt ist ein bisschen komplexer und es gibt mehr Frontverläufe, als nur Staat und Nazis auf der einen Seite und die Antifa-Bewegung auf der anderen.

Krawinkel: Gleichzeitig ist diese Zeit von einer starken Ausdifferenzierung und sehr unterschiedlichen Antworten auf diese Krise der Antifa gekennzeichnet. Ab dem Jahr 2000 sind drei große Strömungen auszumachen: die Antideutschen, die Bewegungslinken und die Antinationalen.

Inwiefern kann man vor dem Hintergrund dieser Ausdifferenzierung dann überhaupt von klassischen Antifa-Gruppen sprechen?

Krawinkel: Wir haben in unserem Buch eine sogenannte klassische Antifa-Gruppe porträtiert. Das bedeutet in dem Fall vor allen Dingen eine Abgrenzung von den genannten Großströmungen. Denn diese drei Kategorien reichen nicht aus, um die Antifa abzubilden.

Es gibt einen Haufen von Gruppen, die eher in einem lokalen oder regionalen Rahmen arbeiten und nicht in diesen drei Strömungen aufgehen.

Schlemermeyer: »Klassisch« ist das in dem Sinne, als dass sie relativ nah am Antifa-Konzept der 90er Jahre ist. Das bedeutet, sich oftmals nicht konkret in inhaltlichen Debatten zu positionieren, sondern sich irgendwie allgemein als revolutionäre Antifaschisten zu begreifen und klassische Anti-Naziarbeit zu machen. Das heißt beispielsweise, Nazi-Strukturen zu recherchieren oder zu versuchen, Nazi-Veranstaltungen zu verhindern.

Ihr Buch betrachtet die Zeit bis zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm 2007, weil sich daran die Ausdifferenzierung der Antifa-Gruppen zeigen lasse. In einem Interview haben Sie kürzlich davon gesprochen, dass es in letzter Zeit wieder Tendenzen zu mehr Kooperation gibt. Wie sieht die Entwicklung aus?

Krawinkel: Wir beobachten, dass nach einer gewissen Zeit, einer heißen Phase der Spaltung und Ausdifferenzierung, Gruppen, die zu ähnlichen Themen arbeiten, doch wieder zusammenarbeiten können. Im Zuge der Mobilisierungen gegen die Politik der Regierungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise beziehen sich Gruppen, die vorher eher einen Bogen umeinander gemacht haben, wieder mehr aufeinander und scheinen zumindest wahrzunehmen, dass da ein anderes Spektrum mit einem etwas anderen Zugang Sachen macht, die man vielleicht gar nicht so schlecht findet. Das gilt aber nicht für alle, und ist daher keine Prognose, dass da etwa eine Wiedervereinigung stattfindet.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/213809.was-ist-klassische-antifa.html?sstr=dresden>

Leipziger Volkszeitung | 21.12.2011 | 13:11 Uhr | dpa

Fall König: Sächsische Landtag beschäftigt sich mit eingestellten Verfahren gegen den Pfarrer

Nun beschäftigt sich auch der sächsische Landtag mit dem Thema des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König.

Dresden. Das Vorgehen der sächsischen Justiz gegen den Jenaer Pfarrer Lothar König beschäftigt am Donnerstag den Landtag in Sachsen. Für eine Sondersitzung des Rechtsausschusses haben die Linken eine Fülle von Fragen eingereicht, war aus Fraktionskreisen zu erfahren. Antwort wollen die Linken aber nicht zu Ermittlungen wegen schweren Landfriedensbruchs. Hier hatte die Staatsanwaltschaft Dresden gegen König bereits Anklage erhoben. Vielmehr verlangen die Linken vom Justizministerium detailliert Auskunft über ein anderes Verfahren gegen König, das im August dieses Jahres vorläufig eingestellt wurde. Bis dahin hatte die Justiz dem Pfarrer auch die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Hintergrund ist das Engagement Königs gegen die jährlichen Neonazi-Aufmärsche im Februar in Dresden. In diesem Jahr fanden sie am 13. und 19. Februar statt. Beim zweiten Termin war es zu Gewaltexzessen von Rechts- und Linksextremisten gekommen. Auch mehr als 100 Polizisten wurden verletzt.

Wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung hatte die Polizei offenkundig schon vor dem 13. Februar gegen den Geistlichen ermittelt. Die Linken möchten in diesem Kontext unter anderem wissen, ob auch Königs Tochter Katharina observiert und abgehört wurde.

Katharina König sitzt für die Linken im Thüringer Landtag und genießt in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Immunität.

Lothar König hatte unlängst aus den Medien von der Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs erfahren. Die Staatsanwaltschaft Dresden beschuldigt ihn, bei den Protesten am 19. Februar aus einem Lautsprecherwagen heraus zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen zu haben. Er bestreitet das.

Am 10. August hatten Polizisten aus Dresden Königs Dienstwohnung in Jena durchsucht und unter anderem einen Computer und Schriftstücke beschlagnahmt. Die Razzia sorgte auch in Kirchenkreisen für Unmut. König warf den Behörden in Sachsen später vor, Demonstranten gegen Neonazi-Aufmärsche zu „diffamieren, isolieren und kriminalisieren“.

<http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/fall-koenig-saechsische-landtag-beschaefigt-sich-mit-eingestellten-verfahren-gegen-den-pfarrer/r-mitteldeutschland-a-118396.html>

Freie Presse | 21.12.2011

Geldstrafe für Studenten wegen Blockade von Neonazi-Aufmarsch

Dresdner Amtsgericht sieht Verstoß gegen Versammlungsgesetz

Dresden (dapd-lsc). Wegen der Blockade eines Neonazi-Aufmarschs in Dresden hat es einen ersten Schuldspruch vor Gericht gegeben. Das Dresdner Amtsgericht verhängte am Mittwoch eine Geldstrafe von 300 Euro gegen einen 22-jährigen Studenten. Er sei am 19. Februar an einer Blockade gegen einen genehmigten Neonazi-Großaufmarsch beteiligt gewesen und habe damit gegen das Versammlungsgesetz verstoßen. In einem anderen Verfahren war ein mutmaßlicher Blockade-Teilnehmer aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden.

Im aktuellen Prozess ging Strafrichter Hajo Falk deutlich über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß hinaus. Der Richter verwies darauf, dass auch Minderheiten in einem Rechtsstaat Grundrechte hätten. Die Anklagebehörde hatte gefordert, den Angeklagten lediglich zu verwarnen, eine Geldstrafe wurde nur angedroht.

Der junge Mann hatte ursprünglich einen Strafbefehl über 150 Euro erhalten. Weil er diesen nicht akzeptierte, kam es zum Prozess. In der Verhandlung schwieg er zu den Vorwürfen. Seine Verteidigerin Kristin Pietrzyk aus Jena forderte einen Freispruch. Es sei nicht nachgewiesen, dass ihr Mandant überhaupt an der Blockade teilgenommen habe. Zudem sei das sächsische Versammlungsgesetz zum Zeitpunkt der Blockaden nicht in Kraft gewesen.

Falk sagte, es sei ausreichend, dass die Polizei den Angeklagten vor Ort festgestellt habe. Es sei das klare Ziel der Blockierenden gewesen, den geplanten Aufmarsch von Rechten zu verhindern. Der Richter nannte es lebensfremd, dass der Angeklagte auf eine andere Weise in den Kessel der Polizei gekommen sein soll. Als Strafnorm galt nach seiner Überzeugung zum Tatzeitpunkt das Bundesversammlungsgesetz.

Mehrere Dutzend mutmaßliche Blockierer vom 19. Februar haben inzwischen Strafbefehle vom Amtsgericht Dresden erhalten. Bereits vergangene Woche wurde dort ein 40-jähriger Lehramts-Student aus Berlin vom Vorwurf des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz freigesprochen. Der Angeklagte hatte den Richter überzeugt, dass er damals zwar vor Ort

gewesen sei, jedoch nicht an Blockaden mitgewirkt habe.

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Geldstrafe-fuer-Studenten-wegen-Blockade-von-Neonazi-Aufmarsch-artikel7856106.php>

MDR 1 Radio Sachsen | 21.12.2011 | Nachrichten 16:30 Uhr

Erste Verurteilung wegen Blockade von Neonazi-Aufmarsch in Dresden

Dresden - Wegen der Blockade eines Neonazi-Aufmarsches im Februar ist erstmals ein Angeklagter verurteilt worden. Das Dresdner Amtsgericht verhängte gegen einen Studenten eine Geldstrafe von 300 Euro. Die Richter erklärten, der 22-Jährige sei am 19. Februar an einer Blockade gegen einen genehmigten Neonazi-Aufmarsch beteiligt gewesen. Damit habe er gegen das Versammlungsgesetz verstoßen. Der Angeklagte hatte zu den Vorwürfen geschwiegen.

<http://www.mdr.de/sachsen/nachrichten102.html#anchor2>
